

Die südslawische Frage.

Graf Tisza hat in seiner Rede zu Sarajevo vermieden, seine Auffassung über die Lösung der bosnischen Frage bekanntzugeben. Die Meldungen, die aus Budapest Regierungskreisen kommen, besagen, daß auch dort noch kein endgültiger Entschluß gefaßt ist. Man hat nur mit der Tatsache zu rechnen, daß Ungarn eine Vereinigung des Schicksals Bosniens und der Herzegowina zugunsten seiner eigenen Machtphäre erstrebt und durchsetzen will. Angesichts dieser Sachlage bleibt immerhin noch die Möglichkeit offen, daß Ungarn seine Pläne vom Standpunkt des Gesamtinteresses der Monarchie und seines eigenen wohlwollenden Vorteils einer Überprüfung unterzieht. Die südslawische Frage greift empfindlich in das Gebiet der Stephanskronen über, und das eigene Interesse der ungarischen Nation verlangt also, daß man eine solche Lösung der südslawischen Frage erstrebe, die den Südslawen das nationale Ausleben im Rahmen der Gesamtmonarchie gestattet, neuen Verwicklungen vorbeugt und nicht den Keim zu weitergehenden staatsbildenden Bestrebungen der Südslawen enthält, vielmehr dauernde Ordnung herbeiführt und Unruhe und Verärgerung im engeren ungarischen Gebiet ausschaltet. Aus diesem Gesichtspunkte ist die Schaffung eines Reichslandes die verhältnismäßig günstigste und am praktischsten Lösung, eines Reichslandes, das Bosnien und die Herzegowina, Kroatien, Slavonien und Dalmatien umfaßt und zur Monarchie in ein ähnliches Verhältnis tritt wie es zwischen Osterreich und dem Deutschen Reich besteht. In diesem Falle wären die Opfer auf beiden Seiten gleichmäßig; desgleichen aber auch die Vorteile, weil Osterreich und Ungarn gemeinsam alle Gebiete des neuen Reichslandes in ihrer Hand behalten würden. Auch das Gesamtinteresse der Monarchie legt es den Ungarn nahe, in letzter Stunde diesen Erwägungen Rechnung zu tragen. Es soll kein Gegensatz zwischen Osterreich und Ungarn entstehen. Eine großzügige Lösung in diesem Sinne würde nicht nur allen Vorwürfen, die die Entente gegen Ungarn bereithält, die Spitze abbrechen, sondern auch Ungarn selbst dauernde Ruhe verhüten. Die ungarische Regierung braucht ja nicht erst auf die Vorgänge aufmerksam gemacht zu werden, die sich vor ihren Augen und zu ihrem selbst-eingestandenem Mißvergnügen abspielen, auf die Fäden, die von den südslawischen Gebieten in das engere ungarische Staatsgebiet hinübergeworfen werden. In jedem Falle aber wird Ungarn damit rechnen müssen, daß Osterreich seine eigenen Interessen bei der Lösung der bosnischen Frage zu wahren sucht. Dem österreichischen Parlament erwächst die dringende Pflicht, mit aller Entschiedenheit zu beweisen, daß die Volksvertretung in der Schicksalsfrage der Monarchie nicht versagt, sondern Osterreichs berechtigten Ansprüche mit aller Kraft zu wahren und dessen Lebensinteressen zu schützen sucht.

Die Beurteilung der südslawischen Frage im österreichischen Abgeordnetenhaus.

Der Deutsche Nationalverband hat in seiner letzten Verbandsversammlung zur Erörterung der südslawischen Frage ein neungliedriges Komitee eingesetzt, dem unter andern die Abgeordneten Dr. Waldner, Marchl, Bacher, Neunteufel und Dr. Urban angehören. Der Abg.

Dr. Waldner hat heute dieses Komitee zu einer Sitzung einberufen.

Äußerungen von Abgeordneten.

Nach mehrtägiger Ruhepause beginnt man im Hinblick auf den nahen Zusammentritt des Abgeordnetenhauses das parlamentarische Leben wieder rege zu werden. Heute ist bereits eine größere Anzahl von Abgeordneten im Staatsratsgebäude erschienen, und im Privatgespräch wird die politische Lage lebhaft erörtert. Im Vordergrund des Interesses steht die südslawische Frage, die durch die bosnische Reise des Grafen Stephan Tisza besonders aktuell zu werden beginnt.

Ein führender deutscher Abgeordneter meinte in bezug auf die südslawische Frage unter andern, es sei fraglich, ob die von Ungarn geplante Lösung des südslawischen Problems von Dauer sein würde. Denn der Wille zur Vereinigung der Südslawen in eine staatliche Einheit sei vornehmlich bei den Slowenen sehr stark. Eine wichtige Frage wäre die Entschädigung an Osterreich für seine Aufwendungen in den annektierten Provinzen. Von einer Entschädigung territorialer Natur, wie etwa der Angliederung der überwiegend deutschen Komitate Westungarns an Osterreich wolle man in Ungarn anscheinend nichts wissen. Es gehe nicht an, die österreichische Kulturarbeit vieler Jahrzehnte in Bosnien und der Herzegowina sowie die großen Opfer an Gut und Blut, welche die Monarchie sowie die Ausschließung des Landes gelostet haben, jetzt um ein Dinsengericht hinzugeben. Der erwähnte Abgeordnete spielte auch auf die Möglichkeit an, daß bei den vielfachen Schwierigkeiten, die allenthalben aufstauen, eine Erledigung der ganzen Frage auf verfassungsmäßigem Wege nicht zustande kommen könnte.

Der tschechische Sozialdemokrat Vizepräsident Tuzar kennzeichnet den tschechischen Standpunkt, indem er erklärte, die Tschechen seien dagegen, daß man auf der einen Seite das polnische Problem und auf der andern Seite das südslawische Problem gesondert nach ganz eigenen Gesichtspunkten lösen wolle. Man würde durch eine derartige Politik alle Tschechen in das Lager jener treiben, die ihre nationale Existenz innerhalb Osterreichs gefährdet glauben. Uebrigens könne das südslawische Problem nicht ohne Befragung des Reichsrates gelöst werden, da es sich um eine Abänderung der 1867er Verfassung handle, schon im Hinblick auf Dalmatien, das ja im Abgeordnetenhaus vertreten sei. Aber auch bezüglich der Zugehörigkeit Bosniens und der Herzegowina habe Osterreich durch seine Delegation ein gewichtiges Wort mitzusprechen. Wird einmal in der Monarchie die Verfassungsfrage aufgerollt, dann müsse das Problem auf einmal als Ganzes gelöst werden. Die Tschechen würden in der südslawischen Frage nicht die Initiative ergreifen, aber solidarisch mit den Südslawen vorgehen, von denen ganz bestimmt zu erwarten sei, daß ihre Abgeordneten im Reichsrat nachdrücklich gegen die jetzt aufgetauchten Pläne aufzutreten werden.

Der Aufenthalt des Grafen Tisza in Bosnien.

Budapest, 24. September. (Privattelegramm.) Aus Sarajevo wird dem „Pester Lloyd“ telegraphiert: Graf Tisza stattete Samstagabend dem Herrenklub einen Besuch ab, wo ihm auch zahlreiche Mitglieder des Ungarnvereines vorgestellt wurden. Dem Grafen Tisza gelang es, vielfach detaillierte Mitteilungen zu erhalten, und nach ungefähr zweistündigem Aufenthalt verließ er den Klub. Sonntag gegen Mittag empfing Graf Tisza abermals den großkroatischen Politiker Dr. Pilar. Die Abreise des Grafen Tisza erfolgte nachmittags. Am Freitag nachmittags hatten die jugoslawischen Politiker dem Grafen Tisza ein von 23 Persönlichkeiten, darunter auch

Weltgeistern und Franziskanern, unterzeichnetes Memorandum überreicht. Für eine Regelung der bosnischen Frage im Sinne des großkroatischen Programms sprachen sich Oberbaurat v. Banca und Dr. Pilar aus, wofür letzterer ein darauf bezügliches Memorandum überreichte. Darin wird betont, daß eine Lösung im ungarischen Sinne im weiteren Verlaufe, wenn auch ungewollt, eine Vernichtung der Kroaten bedeuten würde. Für halbe Maßnahmen sei seine Partei nicht zu haben. Durch die Ablehnung aller kroatischen Forderungen seit Jahrzehnten habe man es dahin gebracht, daß das enttäuschte kroatische Volk aus Opposition den Jugoslawen in die Arme getrieben wurde. Eine Aenderung sei nur möglich durch Bewilligung der kroatischen Forderungen nach Vereinigung von Kroatien, Slavonien, Dalmatien, Bosnien und der Herzegowina, wodurch das Interesse am Bestehen der Monarchie gestärkt werden würde.

Die muslimanischen Politiker Dr. Spaho und Dr. Hrasnica betonten die Einigkeit der drei südslawischen Völker und verlangten als hieraus resultierende Forderung den selbständigen südslawischen Staat. Besonders Spaho erklärte dem Grafen Tisza, daß der Gegensatz zwischen Muslimen und Serben in Bosnien immer mehr im Schwunden begriffen sei. Wapudirektor Arnautovic sprach sich für eine Angliederung Bosniens und der Herzegowina an Ungarn aus, während der gewesene Saborpräsident Basagic zum mindesten eine Autonomie für Bosnien und die Herzegowina verlangte. Der Muslim Damjanovic erklärte, daß infolge Lahmung des parlamentarischen Lebens und der Unmöglichkeit, mit dem Volk in Fühlung zu treten, Äußerungen über die Lage und den Volkswillen nicht möglich seien.

Samstag nachmittag erschien eine Deputation jener Politiker, die als Führer das Memorandum bezüglich der jugoslawischen Lösung unterschrieben hatten, bei dem Grafen Tisza. Ueber den Inhalt des Memorandums kam es zu einer erregten Debatte, da Graf Tisza die darin niedergelegten Forderungen entschieden zurückwies. Die Teilnehmer der Deputation erklärten sich von dem Ergebnis der Unterredung mit dem Grafen Tisza nicht befriedigt.

Besprechungen in Ragusa.

Budapest, 24. September. (Privattelegramm.) Aus Sarajevo wird dem „Pester Lloyd“ gemeldet: Graf Tisza war am 18. d. um 5 Uhr früh an Bord eines Torpedobootes aus Sarajevo in Ragusa eingetroffen und berief den Reichsratsabgeordneten und Delegierten Dr. Cingria, Domherrn Crinca, Dr. Bugliesi und Marquis de Bona zu einer informativen Besprechung. Dr. Bugliesi, der krank ist, konnte der Einladung nicht Folge leisten. Besonders lange dauerte die Unterredung mit dem Abg. Dr. Cingria. Gegen 12 Uhr mittags suchte Graf Tisza den Bischof Marcellie auf und fuhr sodann um 1 Uhr nach Süden weiter. Graf Tisza wird am Mittwoch, den 25. d., in Wien eintreffen, um dem Kaiser über das Ergebnis seiner Besprechungen mit den verschiedenen Parteien in den südslawischen Zentren sowie über seine in Betreff der südslawischen Frage gemachten Erfahrungen und Besprechungen Bericht zu erstatten.